



<u>Veranstaltung:</u>	F/B/K-Verbandsführer, B-IV
<u>Ausbildungseinheit:</u>	Rechtsgrundlagen
<u>Thema:</u>	Zusammenarbeit mit der Polizei
<u>Ausgabe:</u>	20.07.2022
<u>Zuständig:</u>	Fachgruppe 13
<u>Bearbeitet von:</u>	Frau Lindart
<u>Literaturhinweis:</u>	HSOG FwDV 100 i.d.F. 10.03.99 HEIKAT

Inhalt

1	Einleitung	2
2	Pflicht zur Zusammenarbeit	3
2.1	Gemeinsame Aufgabe	3
2.2	Vollzug- und Amtshilfe	3
2.3	Grenzen	3
3	Aufgabe der hessischen Polizei	5
3.1	Rechtsgrundlagen	5
3.2	Gefahrenabwehr	5
3.3	Strafverfolgung	6
3.4	Verhütung von Straftaten	6
3.5	Schutz privater Rechte	6
3.6	Vollzugs- und Amtshilfe	6
3.7	Verkehrsregelung	7
4	Organisationaufbau der hessischen Polizei	8
5	Führungsorganisation	10
5.1	AAO	10
5.2	BAO	12
6	Zusammenwirken der Behörden	13
6.1	Einsatzleitung	13
6.2	Regelmäßige Lagebesprechungen	14
6.3	Verbindungsperson (VP)	14
6.4	Prävention vor Repression	14
6.5	Presse- und Medienarbeit	14
6.6	HEIKAT	15
6.7	Einsatznachbereitung	15
7	Zusammenfassung	16
8	Auszug Gesetze	17
8.1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - GG	17
8.2	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung - HSOG	17
8.3	Straßenverkehrs-Ordnung - StVO	18
8.4	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten - OWiG	19
8.5	Strafprozessordnung - StPO	19
8.6	Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG)	19
9	Quellenverzeichnis	20

1 Einleitung

Bei vielen Einsätzen der Feuerwehr wird die Polizei auf Grund von eigenen Zuständigkeiten mitalarmiert oder hinzugezogen. Dabei bilden beide Behörden eine eigene Einsatzleitung und sind sich gegenseitig nicht unterstellt bzw. weisungsbefugt. An der Einsatzstelle müssen sich die einzelnen Behörden daher auf Grundlage der jeweiligen originären Aufgaben und Zuständigkeitsbereiche gemeinsam abstimmen. Insbesondere ist sich hier die Frage zu stellen, welche Aufgabenerfüllung hat Vorrang und wie können beispielsweise verschiedene Maßnahmen auf einander abgestimmt werden.

Das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) sieht vor, dass die hessischen Gefahrenabwehrbehörden sich gegenseitig über Vorgänge unterrichten, sofern diese von Bedeutung für eine andere Behörde sein könnten.

Dies bedeutet, dass der Einsatzleiter der Feuerwehr Kenntnis über die einzelnen Aufgaben der verschiedenen Behörden haben muss. Des Weiteren ist anzustreben, dass die einzelnen Verantwortlichen vor Ort Verständnis für die jeweilig andere tätig werdende Behörde aufweisen, um eine gute und reibungslose Zusammenarbeit zur Bewältigung der Einsatzlage zu ermöglichen.

Diese Lernunterlage soll die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit verdeutlichen. Dazu wird auf die gesetzlichen Aufgaben der Polizei Hessen eingegangen. Um ein besseres Verständnis für die Arbeit der Polizei Hessen zu erlangen wird außerdem die Organisationsstruktur sowie die Führungsorganisation im Einsatz der Polizei Hessen erläutert.

Die Gesetztexte, auf die verwiesen wird, sind als Anhang beigefügt.

2 Pflicht zur Zusammenarbeit

2.1 Gemeinsame Aufgabe

Die Gefahrenabwehr (Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung) ist gemäß § 1 HSOG gemeinsame Aufgabe aller Gefahrenabwehrbehörden (Verwaltungsbehörden, Ordnungsbehörden → Feuerwehr) und Polizeibehörden. Darüber hinaus haben alle Behörden bei der Gefahrenabwehr zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig über relevante Vorgänge zu unterrichten. Die Behörden sind dazu angehalten, gemeinsame Arbeitsgruppen zur Wahrnehmung und Verbesserung der Gefahrenabwehr zu bilden.

Diese rechtliche Vorgabe beinhaltet eine gesetzliche Pflicht der einzelnen Behörden zur Zusammenarbeit.

2.2 Vollzug- und Amtshilfe

Alle Behörden müssen sich gegenseitig Unterstützung in Form der Amtshilfe Hilfe leisten. Die Amtshilfe ist im Art. 35 des Grundgesetzes (GG) verankert und untermauert die gesetzliche Pflicht zur Zusammenarbeit.

Darüber hinaus hat die Polizei anderen Behörden Vollzugshilfe zu leisten. Diese Pflicht ergeht aus dem § 1 (5) des HSOG. Die Vollzugshilfe wird unter Punkt 3.6 näher erläutert.

2.3 Grenzen

Die Pflicht zur Zusammenarbeit hat allerdings auch Grenzen (Schranken). Insbesondere bei der Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und den Polizeibehörden müssen klare Grenzen abhängig von dem Ziel der Maßnahme gemacht werden. Der Gesetzgeber hat dazu den § 52 im Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG) hinzugefügt. Der § 52 HBKG untersagt die Heranziehung von Feuerwehren insbesondere zur Bekämpfung von politischen Unruhen und Straftaten und somit die Übertragung von vollzugpolizeilichen Aufgaben auf Einheiten und Einrichtungen der Feuerwehr.

Beispiel: Die Polizei erbittet die Feuerwehr um Amtshilfe zur Unterstützung der Wasserversorgung für einen Wasserwerfer bei einer Demonstration. Gemäß § 52 HBKG kann die Feuerwehr der Polizei das Tanklöschfahrzeug (TLF) für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen. Das Personal, welches das TLF führt und bedient, muss jedoch durch die Polizei selbst gestellt werden.

Zusammenarbeit mit der Polizei

Grundsätzlich ist die Unterstützung der Polizei durch die Feuerwehr auf Grundlage des erzielten Zwecks einer Maßnahme zu prüfen.

In diesem Zuge ist zu ergänzen, dass sowohl Polizeibehörden wie auch Feuerwehren sich gegenseitig nicht unterstellt werden können und sich gegenseitig nicht weisungsbefugt sind. Im HSOG werden Polizeibehörden und Gefahrenabwehrbehörden grundsätzlich separat genannt. Dies untermauert das nicht vorhandene Unterstellungsverhältnis.

Die allgemeinen Vorgaben zur Amtshilfen bleiben davon unberührt.

3 Aufgabe der hessischen Polizei

Bei vielen Einsätzen der Feuerwehr muss auch die Polizei originäre Aufgaben wahrnehmen. Hier ist es wichtig zu erkennen, welche Aufgaben Vorrang haben und welche Aufgaben parallel durch die jeweiligen Behörden abgearbeitet werden können. Dies erfordert ein Abstimmen auf Augenhöhe und die Kenntnis über die einzelnen Aufgaben der jeweils mitwirkenden Behörde.

3.1 Rechtsgrundlagen

Die rechtlichen Grundlagen über die allgemeine Gefahrenabwehr in Hessen geht aus dem HSOG hervor. Dies gilt für Polizeibehörden wie auch für Feuerwehren in Form von Gefahrenabwehrbehörden.

Die gesetzliche Aufgabe der Polizei Hessen geht unter anderem aus nachfolgenden Rechtsnormen hervor:

- Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG)
- Grundgesetz (GG)
- Strafprozessordnung (StPO)
- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OwiG)
- Straßenverkehrsordnung (StVO)

3.2 Gefahrenabwehr

Gemäß § 1 (1) S. 1 HSOG ist die Polizei gemeinsam mit den anderen Gefahrenabwehrbehörden zuständig für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Polizei darf gemäß § 2 S. 1 HSOG zur Gefahrenabwehr zunächst alle erforderlichen Maßnahme treffen, sofern eine andere Behörde nicht originär zuständig ist oder nicht rechtzeitig oder aufgrund fehlender Befugnisse tätig werden kann (Eilfallkompetenz).

Unter dem Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung versteht man den Schutz aller Bürger und deren Individualrechtsgütern, des Staates und seinen Einrichtungen, dem geschriebenen Recht, sowie den ungeschriebenen Regeln, die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben (z. B. allgemeine Umgangsformen) ermöglichen.

Zusammenarbeit mit der Polizei

3.3 Strafverfolgung

Die Strafverfolgung in Form der Aufklärung und Verfolgung von begangenen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten ergibt sich aus dem § 1 (2) HSOG i.V.m. § 53 (1) OwiG und § 163 (1) StPO und gehört ebenfalls zur originären Aufgabe der Polizei.

3.4 Verhütung von Straftaten

Neben der Strafverfolgung sollen bevorstehende Straftaten gem. § 1 (4) HSOG durch die Polizei verhütet werden.

3.5 Schutz privater Rechte

Sofern der Schutz privater Rechte gerichtlich nicht rechtzeitig erlangt werden kann, ist dies gemäß § 1 (3) HSOG Aufgabe der Polizei.

Hierunter fällt beispielsweise die Hinzuziehung der Polizei bei einem Verkehrsunfall mit Sachschaden ohne Personenschaden. Die Beteiligten eines Unfalls sind verpflichtet ihre Daten (Personalien) auszutauschen um eine Schadenregulierungen über die Versicherung zu gewährleisten. Wird der Verpflichtung durch den Bürger nicht nachgekommen, muss die Polizei eingreifen und sicherstellen, dass alle Daten ausgetauscht werden um die „privaten Rechte“ des Bürgers zu schützen.

Die Eigentumssicherung nach einer erfolgten Türöffnung ist gemäß § 1(3) HSOG i.V.m. § 40 (1) Nr. 2 HSOG ebenfalls hierrunter aufzuführen.

3.6 Vollzugs- und Amtshilfe

Die Polizei kann darüber hinaus gemäß § 1 (5) i.V.m. §§ 44ff HSOG auch Aufgaben anderer Behörden in Form der Vollzugshilfe übernehmen, wenn diese ihre Maßnahmen aufgrund mangelnder Befugnisse nicht durchführen können oder unmittelbarer Zwang geboten ist, da die Maßnahme auf andere Weise nicht durchsetzbar ist (z. B. die Durchsetzung eines Platzverweises).

Auf Grundlage des Art. 35 des Grundgesetzes (GG) leisten sich alle Behörden gegenseitige Amtshilfe. Dies betrifft somit auch die Polizei Hessen, die die Aufgabe der Amtshilfe wahrnehmen muss.

Zusammenarbeit mit der Polizei

3.7 Verkehrsregelung

Aus dem § 1 (2) HSOG i.V.m. § 44 StVO geht hervor, dass die Polizei zuständig für verkehrsregelnde Maßnahmen ist. Hieraus ist abzuleiten, dass bei Einsätzen der Feuerwehr originär die Polizei für die Verkehrsabsicherung mit dem Ziel der Verkehrslenkung zur Förderung des Verkehrsflusses zuständig ist.

4 Organisationsaufbau der hessischen Polizei

Auf Grund des Föderalismus liegt die Zuständigkeit über Angelegenheiten der allgemeinen Gefahrenabwehr in der Hand der einzelnen Bundesländer. Die Polizei Hessen ist, genauso wie der Bereich Brandschutz, beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) angegliedert. Die Abteilung Landespolizeipräsidium (LPP) kümmert sich hier um alle Belange und Angelegenheiten der Polizei und stellt damit unter Leitung des Polizeipräsidenten die oberste Ebene der hessischen Polizei dar.

Das LPP untergliedert sich in sieben Flächenpräsidien, welche als Polizeipräsidien (PP) für bestimmte Bereiche des Landes Hessens zuständig sind und vier zentral zuständige Behörden.

Zu den zentral zuständigen Behörden zählt das Hessische Polizeipräsidium für Technik (HPT), das Hessische Landeskriminalamt (HLKA), das Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium (HBPP) sowie die Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS).

Die bereichszuständigen Polizeibehörden sind das

- PP Nordhessen
- PP Osthessen
- PP Mittelhessen
- PP Westhessen
- PP Frankfurt
- PP Südosthessen
- PP Südhessen



Abbildung 1: Polizeipräsidien

Zusammenarbeit mit der Polizei

Jedes Polizeipräsidium verfügt über eine Einsatzzentrale (EZ), welche die Notrufe der „110“ in ihrem Präsidiumsbereich annimmt und an die zuständigen Polizeistationen übermittelt. Die EZ entspricht einer zentralen Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst.

Ein PP besteht aus einzelnen Polizeidirektionen (PD), welche sich wiederum in einzelne Polizeistationen oder –reviere aufgliedern, die ihre allgemeinen Aufgaben innerhalb eines bestimmten örtlichen Zuständigkeitsbereiches wahrnehmen.

Die Feuerwehren treten im Rahmen ihrer täglichen Gefahrenabwehr häufig mit den einzelnen Funkstreifen der Polizeistationen in Kontakt. Abhängig von der Größe der Polizeistation/-revier handelt es sich häufig um dieselben Kollegen, mit denen die Feuerwehr bei der Aufgabenwahrnehmung zusammenarbeitet.

Welche Polizeistation für welche Kommune örtlich zuständig ist, ist durch das Organigramm der einzelnen PD vordefiniert. Diese können auf der Internetseite der Polizei Hessen eingesehen werden. Hier empfiehlt es sich auch außerhalb von Einsätzen den Kontakt mit den örtlich zuständigen Polizeidienststellen zu pflegen.

5 Führungsorganisation

Während der technische Einsatzleiter mit seiner gelben Funktionsweste den Einsatz der Feuerwehr direkt an der Einsatzstelle führt, wird für das Führungsverhalten der Polizei gerne die Redewendung „Die Polizei führt von hinten“ verwendet.

Dieses Klischee wird in dem nachfolgenden Kapitel dieser Lernunterlage näher erläutert und begründet.

Zunächst ist zu erwähnen, dass die Polizei Hessen bei dem Aufbau der Führungsorganisation zwischen der Allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) und der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) unterscheidet. Dabei baut die BAO bei akuten Lagen grundsätzlich auf der AAO auf.

Welche Aufbauorganisation Anwendung findet, ist abhängig von der jeweiligen Lage und insbesondere vom Schadenumfang. Die Führung der Polizei wird in der Polizeidienstvorschrift 100 (PDV 100) geregelt. Sie ist wie die FwDV 100 für die Feuerwehr zu bewerten.

5.1 AAO

Im Rahmen der AAO findet der normale Dienstbetrieb (tägliche Gefahrenabwehr) statt. Dazu gehören beispielsweise die Verkehrsunfallaufnahme und die Aufnahme von Strafanzeigen. Die Einsätze, welche im Rahmen der AAO abgehandelt werden, zeichnen sich durch einen geringeren Personalbedarf aus und müssen nicht durch eine größere Führungseinheit geführt werden.

In der täglichen Gefahrenabwehr der Polizei, welche in Form der AAO abgearbeitet wird, gibt es nicht den klassischen Einsatzleiter, wie wir das von der Feuerwehr kennen. Innerhalb einer AAO gibt es verschiedene Akteure, die unterschiedliche Verantwortlichkeiten im Rahmen der täglichen Gefahrenabwehr besitzen.

Polizeiführer vom Dienst (PvD)

Verantwortlich für die Abarbeitung aller Einsätze in der täglichen Gefahrenabwehr ist der Polizeiführer vom Dienst (PvD), welcher als Teil des Führungs- und Lagedienstes (FuL) die Gesamtverantwortung über die Gefahrenabwehr innerhalb des PP hat. Als Führungsmittel steht ihm die EZ zur Verfügung. Die Mitarbeiter in der EZ nehmen die Notrufe, welche über die 110 einlaufen, an und verteilen diese an die örtlich zuständigen Polizeidienststellen.

Zusammenarbeit mit der Polizei

Der PvD kann mit dem Brandschutzaufsichtsdienst (BAD) in Form des Kreisbrandinspektors (KBI) oder der Kreisbrandmeister (KBM) verglichen werden. Er wird selten als Einsatzleiter tätig, da er die Verantwortung auf Dienststellenebene heruntergebrochen hat. Nur wenn die Lage aufgrund des Umfangs des Schadensausmaßes und des damit einhergehenden Personalbedarfs es erfordert, übernimmt er die Einsatzleitung. In diesem Fall wird eine BAO aufgebaut.

Dienstgruppenleiter (DGL)

Im oben genannten Fall werden die Lagen in eigener Zuständigkeit durch die örtlich zuständige Polizeistation geführt.

Die Leitung des Einsatzes übernimmt der DGL. Er entscheidet die konkreten Maßnahmen und ist für die erfolgreiche Abarbeitung des Einsatzes verantwortlich. In der Regel hat er seinen festen Platz in der Polizeistation, wo er über entsprechendes Führungsmittel verfügt um alle Maßnahmen und Kräfte von dort zu koordinieren. Das entsprechende Lagebild erhält er von der Streife vor Ort. Bei Bedarf hat er die Möglichkeit, sich selbst ein Bild der Lage zu verschaffen und persönlich zur Einsatzstelle zu fahren, sofern die Polizeistation dauerhaft besetzt bleibt.

Einsatzleiter Ort (ELO)

Damit der DGL entsprechende Maßnahmen aus der Polizeistation heraus entscheiden kann und sich nicht selbst ein Bild von der Lage verschaffen muss, ist es erforderlich ein einheitliches Lagebild auf anderem Weg zu erhalten. Des Weiteren müssen die Kräfte vor Ort einen Ansprechpartner haben, der sowohl als Bindeglied zwischen den eigenen Kräften wie aber auch zu fremden Kräften dient. Dazu bestimmt der DGL oder die EZ den ELO.

Der ELO koordiniert an der Einsatzstelle alle Maßnahmen und verteilt entsprechende Aufträge an die einzelnen zur Verfügung stehenden Kräfte, je nach Maßgabe der Beurteilung der Lage durch den DGL. An der Einsatzstelle macht er sich durch die ELO-Weste erkennbar und dient somit als Ansprechpartner für fremde Kräfte, wie beispielsweise die Feuerwehr. (siehe Abbildung 2)



Abbildung 2: ELO Weste

Zusammenarbeit mit der Polizei

Der ELO ist, im Vergleich zur Feuerwehr, wie ein Abschnittsleiter zu sehen. Für seinen Abschnitt – Einsatzstelle vor Ort – trifft er entsprechende Maßnahmen. Die reine Taktik und das Ziel wird durch den DGL vorgegeben. Bei der Feuerwehr würde die Funktion des DGL der Technische Einsatzleitung (TEL) entsprechen.

5.2 BAO

Wird eine BAO durch die Polizei aufgebaut, handelt es sich um Zeit- oder Sofortlagen, die zu einer schwerwiegenden Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen.

Zeitlagen sind planbar, wie zum Beispiel geplante Demonstrationen oder Fußballspiele. Sofortlagen können in der Regel nicht vorgeplant werden, da sie spontan und nicht angekündigt stattfinden. Dies können beispielsweise größere Schadensereignisse und Katastrophenereignisse sein. Auch Überfälle auf Geldinstitutionen, herausragende Erpressung oder Amoklagen sowie Terrorlagen sind Sofortlagen. Diese besonderen Ereignisse bezeichnet der Polizeibeamte als Sonderlage.

Zur Bewältigung dieser Lagen ist eine Vielzahl von Kräften notwendig, welche eine einheitliche Führung in Form eines Führungsstabes (FüSt) bedürfen. Dazu wird eine BAO eingerichtet.

Bei der BAO hat der Polizeiführer (PF) die Einsatzleitung, welcher die Entscheidungskompetenz und Hauptverantwortung über die zu treffenden Maßnahmen hat. Bei dem Planungs- und Entscheidungsprozess (PEP) – dies entspricht dem Führungsvorgang - steht ihm der FüSt als Führungseinheit zur Verfügung. Der PF agiert mit seinem FüSt gemeinsam aus dem PP heraus.

Da bei den Lagen, die einen Aufbau der BAO bedürfen, mehrere Aufgabenbereiche abgedeckt werden müssen, erfolgt eine Einteilung in Einsatzabschnitte (EA). Diese werden durch Einsatzabschnittsleiter (EAL) geführt.

Die BAO unterscheidet sich kaum von der Führungsorganisation der Feuerwehr und ist unabhängig von den Aufgaben einzelner Abschnitte ähnlich strukturiert.

6 Zusammenwirken der Behörden

Auf Grund des föderalen Prinzips wurden die Aufgaben zur Gefahrenabwehr auf verschiedene Behörde und Organisation verteilt. So ist die Feuerwehr für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe zuständig, während sich die Aufgaben der Polizei zunächst auf die Strafverfolgung und Verkehrsregelung wie auch auf die Gefahrenabwehr im Rahmen der Eilfallkompetenz beschränken.

Bei den meisten Lagen kommen jedoch beide Behörden auf Grund ihrer speziellen Aufgaben zum Einsatz.

Zur Bewältigung der Lagen ist eine enge und gut funktionierende Zusammenarbeit unabdingbar. Dazu ist es erforderlich, dass die Behörden Hand in Hand arbeiten und sich nicht behindern, sondern gegenseitig fördern, um das Einsatzziel schnell zu erreichen. Es ist daher nicht von Vorteil, wenn die einzelnen Behörden auf die ihnen zugewiesenen Aufgabengebiete beharren und nur ihren Bereich abdecken wollen. Allerdings sollten die einzelnen Behörden auch nicht selbstständig in die Aufgabenwahrnehmung der anderen Behörden eingreifen.

Um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu gewährleisten und Reibungsverluste zu vermeiden, muss eine ständige Kommunikation zwischen den Behörden bestehen.

6.1 Einsatzleitung

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Einsatzleitungen der Feuerwehr und der Polizei parallel agieren und keine gemeinsame Einsatzleitung bilden. Die Einsatzleitung der Behörden stehen nebeneinander und haben die gleiche Entscheidungskompetenz über die zu treffenden Maßnahmen innerhalb ihrer sachlichen Zuständigkeiten.

Die einzelnen Behörden müssen dauerhaft und regelmäßig ihre Maßnahmen miteinander abstimmen und mindestens die andere Behörde über ihre Einsatzmaßnahmen informieren. Getroffene polizeiliche und auch feuerwehrtechnische Maßnahmen haben Auswirkungen auf den gesamten weiteren Entscheidungsprozess. Sei es der PEP auf polizeilicher Seite oder der Führungsvorgang auf der Seite der Feuerwehr.

In diesem Zuge ist deutlich zu machen, dass Feuerwehr- und Polizeikräfte, unabhängig von der jeweiligen Führungsebene, nicht gegenseitig unterstellt werden dürfen und somit nicht gegenseitig weisungsbefugt sind.

Zusammenarbeit mit der Polizei

6.2 Regelmäßige Lagebesprechungen

Der genaue Umfang einer Erkundung ist abhängig von der jeweiligen Aufgabe, die bewältigt werden muss. Die Polizei erfasst andere Informationen als die Feuerwehr, da sie andere Themenschwerpunkte erkunden. Dies hat zur Folge, dass beide Behörden unterschiedliche Erkenntnisse über ein und dieselbe Lage haben. Um dieses Defizit auszugleichen, sind regelmäßige Lagebesprechungen zwischen den Behörden wichtig. So können die bereits durchgeführten oder geplanten Maßnahmen der anderen Behörde mitgeteilt und aufeinander abgestimmt werden.

Es ist darauf zu achten, dass die Lagebesprechung möglichst im direkten Austausch stattfinden können, um mögliche Störquellen auszuschließen. Beim Einsatz einer Verbindungsperson (VP) sollte diese in die regelmäßigen Lagebesprechungen einbezogen werden und einen Sprechanteil im Ablauf gewährt werden.

6.3 Verbindungsperson (VP)

Die VP, auch als Verbindungsbeamter betitelt, ist das direkte Verbindungsglied zwischen zwei Behörden.

Die VP ist entweder Angehöriger der Polizei oder der Feuerwehr. Sie wird innerhalb eines Einsatzes in die Führungsorganisation der jeweils anderen Behörde integriert und ist fester Bestandteil der Einsatzleitung. Die VP steht in der Führungsorganisation neben der Einsatzleitung, ähnlich wie ein Fachberater.

6.4 Prävention vor Repression

Bei der Abstimmung der Maßnahmen ist der Grundsatz „Prävention vor Repression“ zu bewahren. Konkret bedeutet dies für die Zusammenarbeit der Polizei und der Feuerwehr, dass das Retten eines Menschenlebens oberste Priorität hat und die Verfolgung der Straftat bzw. die Ursachenermittlung nach hinten gestellt werden muss.

6.5 Presse- und Medienarbeit

Insbesondere im Bereich der Presse- und Medienarbeit – oder wie die Polizei sagt: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PÖA) – müssen die Einsatzleitungen oder die Pressesprecher eng zusammenarbeiten.

Zusammenarbeit mit der Polizei

Bevor eine Mitteilung veröffentlicht werden soll, sollte diese mit dem Ziel abgestimmt sein, dass beide Behörden den selben Sachstand veröffentlichen.

Hier ist zu empfehlen, dass sich die Vertretenden abstimmen und sich für eine Behörde einigen, welche vorwiegend eine Berichterstattung durchführt. Die andere Behörde weist dann entsprechend.

6.6 HEIKAT

Für das Vorgehen nichtpolizeilicher BOS in polizeilichen Sonderlagen hat das BBK die Handlungsempfehlung „HEIKAT - Handlungsempfehlung zur Eigensicherung für Einsatzkräfte der Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen bei einem Einsatz nach einem Anschlag“ herausgegeben.

Die allgemeine Bewertung der Situation ist durch die Polizei durchzuführen. Bereiche werden abhängig ihrer Sicherheit in grün, gelb oder rot eingestuft. Die Einstufung erfolgt durch die Polizei. Die Feuerwehr hält sich zwecks Eigensicherung lediglich in grünen Bereichen und nur unter besonderen Umständen in gelben Bereichen auf.

6.7 Einsatznachbereitung

Die Einsatznachbereitung ist eine wichtige Methodik zur Optimierung von Abläufen und Arbeitsweisen.

Bei geplanten Gesprächen zur Einsatznachbereitung sollte die Feuerwehr auch die örtlich zuständige Polizei einladen um festzustellen, welche Abläufe gut gelaufen sind und welche noch optimiert werden können.

7 Zusammenfassung

Eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Feuerwehr ist in allen Bereichen elementar um den Einsatzerfolg zu maximieren. Falsches Verhalten einzelner Behörden hat ihren Ursprung überwiegend in fehlender Information über die Maßnahmen der anderen Behörden.

Daher ist abschließend festzustellen, dass insbesondere der direkte Austausch der einzelnen Behörden regelmäßig, vollumfänglich und auf Augenhöhe stattfinden muss. Dazu gehört sowohl der Austausch im konkreten Einsatzgeschehen wie aber auch die Pflege der Kontakte außerhalb der Einsätze.

8 Auszug Gesetze

8.1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - GG

Art 35

(1) Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) – (3) [...]

8.2 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung - HSOG

§ 1 HSOG – Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Polizeibehörden

(1) Die Gefahrenabwehrbehörden (Verwaltungsbehörden, Ordnungsbehörden) und die Polizeibehörden haben die gemeinsame Aufgabe der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (Gefahrenabwehr), soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Sie haben im Rahmen dieser Aufgabe auch die erforderlichen Vorbereitungen für die Hilfeleistung in Gefahrenfällen zu treffen.

(2) Die Gefahrenabwehr- und die Polizeibehörden haben ferner die ihnen durch andere Rechtsvorschriften zugewiesenen weiteren Aufgaben zu erfüllen.

(3) Der Schutz privater Rechte obliegt den Gefahrenabwehr- und den Polizeibehörden nach diesem Gesetz nur dann, wenn gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und wenn ohne gefahrenabwehrbehördliche oder polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde.

(4) Die Polizeibehörden haben auch zu erwartende Straftaten zu verhüten sowie für die Verfolgung künftiger Straftaten vorzusorgen (vorbeugende Bekämpfung von Straftaten).

(5) Die Polizeibehörden leisten anderen Behörden Vollzugshilfe (§§ 44 bis 46).

(6) Alle Behörden haben bei der Gefahrenabwehr zusammenzuarbeiten. Insbesondere haben sie sich unverzüglich gegenseitig über Vorgänge, deren Kenntnis für die Aufgabenerfüllung der anderen Behörde bedeutsam erscheint, zu unterrichten. Die Gefahrenabwehrbehörden und die Polizeibehörden sollen im Rahmen der Gefahrenabwehr gemeinsame Arbeitsgruppen (Kriminalpräventionsräte) bilden; diese sollen auch Personen und Institutionen aus unterschiedlichen Bereichen und Aufgabefeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können, aufnehmen. Die Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten (§§ 12 bis 29a) bleiben unberührt.

§ 2 HSOG – Aufgabenabgrenzung

Die Ordnungsbehörden (allgemeine Ordnungsbehörden, Sonderordnungsbehörden) und die Polizeibehörden werden in Erfüllung der Aufgaben der Gefahrenabwehr außer in den Fällen des § 1 Abs. 1 Satz 2 nur tätig, soweit die Abwehr der Gefahr durch andere Behörden, die Aufgaben der Gefahrenabwehr zu erfüllen haben, nicht oder nicht rechtzeitig möglich erscheint. Die sonstigen Aufgaben der Gefahrenabwehr sind allgemeine Verwaltungsaufgaben. Sie sind von den Landkreisen und Gemeinden zu erfüllen, soweit nicht die Zuständigkeit einer Behörde der Landesverwaltung durch Rechtsvorschrift begründet ist.

Zusammenarbeit mit der Polizei

§ 44 HSOG – Vollzugshilfe

(1) Die Polizeibehörden leisten den allgemeinen Ordnungsbehörden auf Ersuchen Vollzugshilfe, wenn

1. zur Durchführung ordnungsbehördlicher Maßnahmen Vollzugshandlungen erforderlich sind, die diese Behörden mangels eigener befugter Bediensteter nicht selbst vornehmen können, oder
2. zur Feststellung der Identität erkennungsdienstliche Maßnahmen angeordnet worden sind (§ 18 Abs. 3).

[...]

(2) Die Polizeibehörden leisten anderen Behörden auf Ersuchen Vollzugshilfe,

1. wenn unmittelbarer Zwang anzuwenden ist und diese Behörden nicht über die hierzu erforderlichen befugten Bediensteten verfügen oder ihre Maßnahmen nicht auf andere Weise selbst durchsetzen können,
2. bei Vollzugshandlungen dieser Behörden, soweit dies zum Schutz der Vollzugsorgane dieser Behörden, zugezogener Zeuginnen, Zeugen und Hilfspersonen mit Rücksicht auf zu erwartenden Widerstand erforderlich ist, oder
3. wenn zur Feststellung der Identität erkennungsdienstliche Maßnahmen angeordnet worden sind.

[...]

(3) Die Polizeibehörden sind nur für die Art und Weise der Durchführung der Vollzugshilfe verantwortlich. Im Übrigen gelten die §§ 4 bis 8 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

8.3 Straßenverkehrs-Ordnung - StVO

§ 44 Sachliche Zuständigkeit

(1) [...]

(2) Die Polizei ist befugt, den Verkehr durch Zeichen und Weisungen (§ 36) und durch Bedienung von Lichtzeichenanlagen zu regeln. Bei Gefahr im Verzug kann zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung des Straßenverkehrs die Polizei an Stelle der an sich zuständigen Behörden tätig werden und vorläufige Maßnahmen treffen; sie bestimmt dann die Mittel zur Sicherung und Lenkung des Verkehrs.

(3) – (5) [...]

Zusammenarbeit mit der Polizei

8.4 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten - OWiG

§ 53 Aufgaben der Polizei

(1) Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes haben nach pflichtgemäßem Ermessen Ordnungswidrigkeiten zu erforschen und dabei alle unaufschiebbaren Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten. Sie haben bei der Erforschung von Ordnungswidrigkeiten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, dieselben Rechte und Pflichten wie bei der Verfolgung von Straftaten. [...]

(2) [...]

8.5 Strafprozessordnung - StPO

§ 163 Aufgaben der Polizei im Ermittlungsverfahren

(1) Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes haben Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten. Zu diesem Zweck sind sie befugt, alle Behörden um Auskunft zu ersuchen, bei Gefahr im Verzug auch, die Auskunft zu verlangen, sowie Ermittlungen jeder Art vorzunehmen, soweit nicht andere gesetzliche Vorschriften ihre Befugnisse besonders regeln.

(2) – (7) [...]

8.6 Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG)

§ 52 HBKG – Ausschluss der Heranziehung für militärische und polizeiliche Aufgaben

Feuerwehren sowie Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes dürfen militärischen Dienststellen oder Polizeibehörden nicht zugeteilt oder unterstellt werden. Die Heranziehung zur Bekämpfung von politischen Unruhen und Arbeitskämpfen, zur Bekämpfung von Straftaten oder zu sonstigen Aufgaben, die von den Polizeibehörden oder den Gefahrenabwehrbehörden zu erfüllen sind, ist nicht zulässig. Die Amtshilfe nach Maßgabe anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

9 Quellenverzeichnis

1. Christin Lindart - Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Führungsstäbe der hessischen Polizei und der Feuerwehr Kassel bei Großschadenlagen, 2019
2. Hessisches Landeskriminalamt (Hrsg.) – Onlinewache, Polizei Hessen, online: <https://onlinewache.polizei.hessen.de/ow/Onlinewache/nav/ffd/binarywriterservlet?imgUid=7ea5d83f-3c5b-421b-e592-62109241c242&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111> (Abrufdatum: 10.03.2022)
Abbildung 1
3. Wiesbaden 112 (Hrsg.), In: Ein Toter und zwei Schwerverletzte bei Messerstecherei in Wiesbadener Innenstadt – Drei Tatverdächtige festgenommen, 11.06.2017, online: <https://www.wiesbaden112.de/ein-toter-und-zwei-schwerverletzte-bei-messerstecherei-in-wiesbadener-innenstadt/> (Abrufdatum: 10.02.2022)
Abbildung 2